Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, [illegible], Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50. Reklamezeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 106 — Mittwoch, den 7. September 1921 — 32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung erläßt eine Kundgebung, in der Achtung für die Uniform der Wehrmacht des Reiches verlangt wird und alle Ausschreitungen in dieser Beziehung verurteilt werden.

* Reichskanzler Wirth hielt in einer Zentrumsversammlung zu Berlin eine Rede, in der er sich scharf gegen die Rechtsparteien wandte.

* Die preußischen Beamten erhalten die gleichen Teuerungszuschläge wie die Reichsbeamten.

* Der französische General Le Rond ist in Oppeln eingetroffen und hat die Geschäfte der Interalliierten Kommission wieder übernommen.

* Bei politischen Zusammenstößen in Koburg wurde eine Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt.

* An der Montag in Genf eröffneten zweiten Tagung des Völkerbundes nahmen 47 Staaten teil.

* Die irischen Führer haben das Angebot Englands abgelehnt und verlangen volle Unabhängigkeit ihres Landes.

* In Spanien soll angeblich wegen der Abneigung gegen den marokkanischen Krieg eine Revolution bevorstehen.

* Die persische Regierung hat den mit der britischen Finanzkommission geschlossenen Vertrag annulliert. Damit verschwindet der letzte Vertrag zwischen England und Persien. Die Mobilisation in Südpersien dauert an.

Wieder ein Krieg?

Das irische Parlament mit dem unaussprechlichen Namen, den man in der letzten Zeit einigemal in englischen Depeschen lesen konnte, ohne daß er deswegen schon Eingang in den allgemeinen europäischen Sprachgebrauch gefunden hätte, dieses irische Parlament in Dublin hat nunmehr die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt, endgültig abgelehnt. Das ist gewiß nicht in irgendeiner Augenblickserregung, gewiß nicht unter dem Eindruck besonders scharfer Gegensätzlichkeiten, auch nicht unter der Einwirkung unverantwortlicher Hetzapostel geschehen, sondern nach überaus langwierigen, sorgfältigen und, wie man gleichfalls annehmen muß, gewissenhaften Überlegungen ernster, pflichtbewußter, um das Wohl ihres Volkes im höchsten Grade besorgter Männer. Auf das berühmte letzte Wort der Londoner Regierung ist damit von der Sinnfeinerseite eine letzte Antwort erfolgt, und was nun kommen wird, dafür wird es vielleicht in aller Geschichte der Menschheit noch kein Beispiel gegeben haben. Denn Lloyd George hat selbstverständlich, während er mit De Valera und Genossen verhandelte, alle Vorkehrungen getroffen, um in dem entscheidenden Augenblick für alle Möglichkeiten gerüstet dazustehen. Sollte es jetzt zum Kampfe kommen, so werden die militärischen Machtmittel des Reiches sicher mit voller Kraft eingesetzt werden, um den von den verantwortlichen Ratgebern der Krone gedeckten Willen seiner Majestät des Königs dem Widerstand des irischen Volkes gegenüber durchzusetzen. Man kann sich schon darauf verlassen, daß die Londoner Regierung diesen Krieg mit der gleichen Rücksichtslosigkeit führen wird, mit der sie allen Feinden des Reiches zu begegnen pflegt. Man kann sich aber ebenso darauf verlassen, daß das irische Parlament sich keinen Augenblick darüber im Zweifel war, was für Land und Volk der grünen Insel mit der Ablehnung der letzten Friedensvorschläge aus London auf dem Spiele stand.

Die Antwort aus Dublin geht von der Feststellung aus, daß das irische Volk keine freiwillige Union mit England anerkenne — wodurch die ganze schmachvolle Vergangenheit des Landes mit einem Federstrich gelöscht wird — daß es vielmehr das fundamentale Recht für sich in Anspruch nehme, sein Schicksal in freier Wahl zu bestimmen und so seine nationale Bestimmung zu verwirklichen. Was Lloyd George vorschlage, habe lediglich den englischen Standpunkt zur Voraussetzung und werde deshalb unwiderruflich abgelehnt. Man wolle Irland nicht auf gleiche Stufe stellen mit den übrigen freien Nationen des Britischen Reiches, es solle vielmehr auf dem untergeordneten Stand festgehalten werden, den es bis dahin eingenommen habe. Die britischen Dominien seien alle gegen eine Herrschaft Englands geschützt, nicht nur durch die Lage der Gesetzgebung, die ihnen Gleichheit und Freiheit verbürge, sondern auch durch Tausende von Meilen, die sie von England trennen. Irland habe weder die einen noch die anderen Garantien. Zudem sei es jetzt in zwei künstliche Staaten geteilt, von denen jeder den Einfluß des anderen untergrabe, und beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien. Irland müsse darauf bestehen, die maßgebenden Tatsachen vom irischen Standpunkt aus betrachten zu dürfen. Allenfalls würde man einen neutralen unparteiischen Schiedsrichter annehmen. Widerstand solle nur geleistet werden, wenn England seinen Standpunkt mit Gewalt unterstützen wolle. Drohungen sollten indessen lieber unterbleiben, dann könnten durch keine Bedingungen behinderte Bevollmächtigte zusammentreten, die sich zunächst über einen leitenden Grundsatz für die Entscheidung zu einigen hätten. Als solchen schlagen die Iren vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten", eine Forderung, die die Engländer immer als eine ausgesprochen englische Auffassung geltend gemacht hätten. Sei man mit dieser Grundlage einverstanden, dann würde Irland sofort Bevollmächtigte ernennen.

Irland hält also offensichtlich an dem Willen fest, mit England nur wie von Macht zu Macht zu verhandeln. In einer früheren Kundgebung aus Dublin war bereits von England als von einer „auswärtigen" Macht die Rede, was Lloyd George zwar sehr verschnupfte, einen Abbruch der Verhandlungen aber trotzdem noch nicht herbeiführte. Wird er auch jetzt noch den Faden der Geduld weiterspinnen? Zunächst ist für Anfang dieser Woche auf einem Schloß in Schottland eine Vorkonferenz anberaumt worden, an der der Kommandant der englischen Truppen in Irland teilnehmen soll. Gleichzeitig beginnen die sozialen Schwierigkeiten im Königreich sich mehr und mehr zuzuspitzen; man muß bereits in einem Vorort von London z. B. zur Verhaftung zahlreicher Mitglieder der städtischen Verwaltung schreiten, weil diese die Einziehung von Steuern unter dem Vorwand, die örtlichen Steuerzahler seien durch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung erschöpft, verweigert haben. Ein sorgenloses Dasein ist also der britischen Regierung im Augenblick ganz und gar nicht beschieden. Aber der Freiheitskampf der Iren verträgt offensichtlich keinerlei Verschleppung mehr. Lloyd George wird sich entscheiden müssen, ob er es jetzt zum Äußersten kommen lassen will — und kann!

Scharfe Kanzlerworte.

Eine neue Rede gegen die „Reaktion".

Von einem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Als der Reichskanzler Dr. Wirth sein Amt antrat, betonte er besonders, daß nun genug Reden gehalten worden seien, und daß es jetzt darauf ankomme, zu Taten überzugehen. Trotz dieser Äußerung hat jedoch gerade der jetzige Kanzler seither eine überaus große Zahl von Reden und Ansprachen zur allgemeinen großen politischen Diskussion beigesteuert, und man beobachtet bei ihm, daß er in steigendem Maße die ausgesprochen parteipolitische Färbung seiner Worte bevorzugt. Nun ist es zwar nichts neues, daß ein deutscher Reichskanzler in seinen Reden eine einzelne Partei sehr scharf anfaßt, denn auch Bismarck ist seinerzeit mit der Fortschrittspartei Eugen Richters ebensowenig zart umgegangen wie später Bülow mit der Sozialdemokratie. Nach der Revolution sind es wieder die sozialdemokratischen Kanzler gewesen, die den bürgerlichen Parteien der Rechten oftmals den Fehdehandschuh hingeworfen haben. Ungewohnt ist es nur, daß Dr. Wirth als der Angehörige einer bürgerlichen Partei andere bürgerliche Parteien mit so heftigen Angriffen überschüttet, wie sie selbst durch den Umstand, daß wir jetzt keine Obrigkeitsregierung mehr, sondern ein von der Volksvertretung gestelltes Kabinett, also eine Partei- oder doch eine auf einige Parteien beschränkte Koalitionsregierung, haben, nicht immer ausreichend begründet erscheinen. Offenbar befindet sich Dr. Wirth, ein Mann von lebhaftem Temperament, infolge des schändlichen Mordes an Erzberger, noch so sehr in innerer Erregung, daß er den überparteilichen Standpunkt des Kanzleramtes zuweilen über den Anschauungen des Parteimannes vergißt und damit vielleicht hier und da über das Ziel hinausschießt. Gerade jetzt sind alle besonnenen Politiker darin einig, daß zwar mit kräftigen Maßregeln die gefährdete Ordnung und Ruhe des Staates gesichert werden muß, daß aber im übrigen alles getan werden muß, um die inneren Gegensätze auszugleichen und nicht noch weiter zu verschärfen. Durch allzu heftige Worte von so hervorragender Stelle aus scheint aber dieses Ziel nicht nähergerückt zu werden. Gerade wenn man mit dem Kanzler wünscht, daß möglichst bald die Staatsautorität wieder in unantastbarer Festigkeit hergestellt wird, und wenn man anerkennt, daß mancher der Vorschläge und Meinungen des Kanzlers ihre volle Berechtigung haben, muß man sich fragen, ob es im Augenblick der politischen Zweckmäßigkeit entspricht, so starke Worte zu gebrauchen. Man muß auch, wie es der Kanzler seinerzeit selbst wünschte, im rechten Augenblick zu handeln und zu — schweigen wissen. Der Ton ist es, der die Musik macht. —m.

*

Wir geben im folgenden die wichtigsten Stellen der neuen Rede wieder, die der Kanzler in einer Zentrumsversammlung in Berlin hielt:

„Nachdem jetzt die Schüsse gegen Erzberger gefallen sind, darf das deutsche Volk nicht wieder ohne Blitzableiter bleiben. Wir wollen auf dem Platze sein. Wo immer die Reaktion ihr Haupt erhebt, wird das werktätige Volk zur Stelle sein. Die Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quellen der heutigen Reaktion zu verstopfen. Die Leute, die sich am 9. November in die Mauselöcher verkrochen hatten, mißbrauchen jetzt die gegen sie errungenen Freiheiten zu politischen Verunglimpfungen. Mit dieser „Affenfreiheit" muß aufgeräumt werden. Die schlimmsten Hetzer in Bayern sind gar keine Bayern, sondern Flüchtlinge der Reaktion, die da glauben, die Reaktion vom Norden nach Süddeutschland verpflanzen zu können. Manche Leute glauben, daß die Monarchie Aussicht hat, wieder aufgerichtet zu werden, wenn irgendein Prinz im Stechschritt Parademarsch macht. Wer so agitiert, der raubt unserem armen Volk das Letzte: die Einheit des Vaterlandes und der Wirtschaft.

Ein neues Gesetz.

Der Kanzler kündigte dann die Absicht an, ein neues Gesetz zum Schutze der Ehre der Politiker einzubringen. Er sagte:

„Wir brauchen ein Gesetz — und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt — das die Ehre unserer Mitbürger, die im politischen Kampfe stehen, schützt, genau so wie das in England und anderen parlamentarisch regierten Ländern schon längst der Fall ist. Kommt ein solches Gesetz nicht zustande, so wird sich in Deutschland kein Mensch mehr finden, der unter solchen Verhältnissen politische Arbeit leistet."

Dann verteidigte der Kanzler mit warmen Worten den Wiederaufbauminister Dr. Rathenau, der ein ungeheures Einkommen im Stich gelassen und am Tage seines Eintrittes in die Regierung seine vielen gut bezahlten Aufsichtsratsposten niedergelegt habe, um dem deutschen Volk und der deutschen Republik zu dienen. Rathenau habe dem deutschen Volk schon mehr genützt als die ganze Stadion-Gesellschaft zusammen. Eine gleich niederträchtige Hetze sei auch gegen Erzberger getrieben worden, aber es sei nicht gelungen, in den schwebenden Steuerprozessen Erzberger Strafbares nachzuweisen. Der Kanzler meinte, es würde gut stehen um unser deutsches Vaterland, wenn alle ihre Steuererklärungen so gewissenhaft abgeben würden wie Erzberger. Der Reichskanzler richtete dann

scharfe Angriffe gegen das Großkapital.

Dieses habe die Zahlungen der Goldmilliarde sehr erschwert, indem es die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte. In den weiteren Ausführungen verteidigte dann der Redner sein Programm und betonte er werde keinen Augenblick von seiner Politik abgehen und sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Machtmittel einzusetzen.

Nach dem Kanzler berichtete noch der Abg. Pfeiffer einiges aus Erzbergers politischer Tätigkeit und erwähnte u. a., daß Hindenburg Ende 1918 dem Abg. Erzberger ausdrücklich für seine Tätigkeit beim Abschluß des Waffenstillstandes gedankt habe.

Schutz der politischen Ehre.

Das Beispiel Englands.

Bei der Anregung des Reichskanzlers, die Ehre derjenigen Personen, die sich im politischen Kampfe betätigen, durch ein besonderes Gesetz in erhöhtem Maße zu schützen, hat der Redner selbst auf das Beispiel Englands verwiesen. In der Tat besteht in der Art der juristischen Behandlung von Beleidigungen ein Unterschied zwischen England und Deutschland. Wenn bei uns jemand durch den Vorwurf, er habe irgend etwas Unzulässiges getan, in absichtlich kränkender Form verletzt wird, so wird der Angreifer zwar auch bestraft, wenn er seine Äußerung ohne sonstige Veranlassung nur in der Absicht, den anderen zu beleidigen, getan hat. Dagegen wird die einfache Behauptung, wenn sie sich als wahr nachweisen läßt, nicht bestraft. In England geht der Schutz erheblich weiter. Da dem Angreifer dort überhaupt nicht gestattet wird, den Wahrheitsbeweis bei Privatangelegenheiten des Beleidigten zu führen, sondern es tritt ohnedies Verurteilung ein. Eine Ausnahme bildet der Fall, daß der Beleidiger in Wahrnehmung sogenannter berechtigter Interessen gehandelt hat, und ferner der Fall, daß es sich um die Behauptung handelt, ein Beamter habe sich dienstliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen.

Wie verlautet, schweben im Reichsjustizministerium schon seit längerer Zeit Erwägungen über eine Umarbeitung der politischen Paragraphen des Strafgesetzbuchs, die sich mit dem Schutze der Verfassung und der Repräsentanten der Souveränität beschäftigen. Sie sind in ihrer bestehenden Fassung noch auf die Monarchie eingestellt und müssen naturgemäß umgestellt werden auf den Schutz der republikanischen Verfassung, auf den Schutz der Repräsentanten der Volkssouveränität.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 6. September.

Eine Harden-Anfrage an die Reichsregierung.

Berlin. Eine Anzahl von Abgeordneten hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: „Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Schriftsteller Maximilian Harden im amtlichen Auftrage der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika reise. Ist die Regierung in der Lage, zu erklären, daß sie der Reise des Schriftstellers Maximilian Harden und seinen Äußerungen völlig fernstehe?"

Besserstellung der unehelichen Kinder.

Berlin. Das Reichsjustizministerium legt Wert darauf, gegenüber verschiedenen nicht korrekten Meldungen festzustellen, daß nach der Erklärung des Referenten des Ministeriums in der Sitzung des Reichstages vom 1. Juli nicht ein Gesetz zu erwarten ist über die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, sondern ein Gesetz, das die rechtliche Besserung der unehelichen Kinder vorsieht.

Politische Erregung in Herford.

Herford. Angehörige des ehemaligen Infanterieregiments 15 und 55 hatten Sonntag hier eine Fahnenweihe geplant. Zu gleicher Zeit sollte ein Demonstrationsumzug gegen den Krieg von Kriegsbeschädigten und freien Gewerkschaften stattfinden. Die Parteien beider Richtungen hatten in letzter Stunde Abmachungen getroffen, daß die beiden Züge friedlich durch die Stadt marschieren sollten. Trotzdem kam es zu Zusammenstößen, als die Züge sich begegneten. Fahnenweihe

SLUB
Wir führen Wissen.